



Metrologisches Überwachungsprogramm im Gesetzlichen Messwesen 2015

Ergebnisse

Zielsetzung der Metrologischen Überwachung (Marktaufsicht und Verwendungsüberwachung) ist es, dem gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Auftrag des Gesetzlichen Messwesens Rechnung tragen und durch geeignete Maßnahmen sicherstellen, dass Messgeräte gesetzeskonform durch Hersteller in Verkehr gebracht und gesetzeskonform durch die Verwender betrieben werden.

Die Metrologische Überwachung wird im Bayerischen Landesamt für Maß und Gewicht vorbereitet und abschließend ausgewertet. Die Durchführung obliegt den bayerischen Eichämtern. Bundeseinheitliche Festlegungen aus dem abgestimmten Marktüberwachungskonzept werden berücksichtigt.

Die Rechtsgrundlage ist in der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über die Vorschriften für die Akkreditierung und Marktüberwachung im Zusammenhang mit der Vermarktung von Produkten und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 339/93 des Rates (Amtsblatt der Europäischen Union Nr. L / 218, S. 30 vom 13.8.2008) sowie im Mess- und Eichgesetz (MessEG) niedergelegt.

Artikel 17 (Informationspflichten)

[..]

(2) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Öffentlichkeit über die Existenz, die Zuständigkeiten und die Identität der nationalen Marktüberwachungsbehörden sowie darüber, wie man Kontakt zu diesen Behörden aufnehmen kann, informiert ist.

Artikel 18 (Organisatorische Verpflichtungen der Mitgliedstaaten)

[...]

(5) Die Mitgliedstaaten erstellen Marktüberwachungsprogramme, führen diese durch und aktualisieren sie regelmäßig. Die Mitgliedstaaten stellen entweder ein allgemeines Marktüberwachungsprogramm oder sektorspezifische Programme auf, worin die Bereiche erfasst sind, in denen sie eine Marktüberwachung durchführen, teilen diese Programme den anderen Mitgliedstaaten und der Kommission mit und stellen sie der Öffentlichkeit mittels elektronischer Kommunikationsmittel und gegebenenfalls durch andere Mittel zur Verfügung. [...]

Die **nationale Rechtsgrundlage** der Metrologischen Überwachung ist Abschnitt 6 des Mess- und Eichgesetzes (Gesetz über das Inverkehrbringen und die Bereitstellung von Messgeräten auf dem Markt, ihre Verwendung und Eichung sowie über Fertigpackungen (Mess- und Eichgesetz - MessEG) vom 25.07.2013 (BGBl. I S. 2722), zuletzt geändert durch Artikel 293 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474)).

1. Verwendungsüberwachung: Kontrolle von Messanlagen auf Fahrzeugen

Wie bereits in den vergangenen Jahren erfolgt die Durchführung zusammen mit Polizei, BAG oder ZOLL. Auch im Jahr 2015 werden neben auf Fahrzeugen montierte Messanlagen auch, ob Waren über Fahrzeugwaagen gewogen wurden. Die Maßnahme dient der Gefahrenabwehr um außerhalb von Eichterminen feststellen zu können, ob Veränderungen an Messanlagen zur Fehlmessungen, z.B. bei Heizöllieferungen an Bürgerinnen und Bürger, führen können. Zu den verwogenen Gütern zählen auch über Fahrzeugwaagen oder fahrzeugmontierte Waagen abgegebene Holzpellets zum Zwecke des Verheizens. Auch hier soll sichergestellt werden, dass keine Fehlmessungen durch Veränderungen an den Messanlagen außerhalb der Eichtermine vorgenommen werden.

Kontrollierte Messanlagen insgesamt: 55

Kontrollierte Volumenmessanlagen: 37

Kontrollierte fahrzeugmontierte Waagen: 0

Kontrollierte Wiegevorgänge: 18

davon mit Beanstandungen oder Auffälligkeiten: 3

(2 Wiegevorgänge außerhalb Bayerns)

Kontrollierte Wiegevorgänge / Waagen innerhalb Bayerns ergaben eine Beanstandung, diese wurden behoben.

2. Verwendungsüberwachung: Straßenfahrzeugwaagen

Straßenfahrzeugwaagen im Bestand mit Eichgültigkeit bis 2014 werde auf Vorliegen von Anträgen auf Nacheichung hin geprüft werden. Liegt ein solcher nicht vor erfolgt eine Nachschau vor Ort um festzustellen, ob eine ungeeichte Verwendung oder Bereithaltung vorliegt.

Anzahl festgestellter ungeeichter Waagen laut Datenbank zum Stichtag 31.03.2015: 164

Nachschau vor Ort bei insgesamt 99 Waagen

Waagen stillgelegt/ nicht mehr vorhanden: 47

Waagen ungeeicht bereit gehalten: 12

Waagen nachweislich ungeeicht verwendet: 9

Waagen herstellerg geeicht nach mbau oder neue Waage am Standort: 57

Bußgeldverfahren: 11



3. Marktüberwachung: Überprüfung des Lambda-Wertes bei AU-Messgeräten

In der EÜ-Richtlinie über Messgeräte 2004/22/EG ist eine Fehlergrenze für den Lambdawert festgelegt. Für innerstaatlich zugelassene Abgasmessgeräte für Fremdzündungsmotoren fehlt diese Anforderung.

Die Berechnungsformel ist in der Regel im AÜ-Ablauf hinterlegt, kann also bei Änderungen im AÜ-Ablauf im nicht eichrelevanten Teil der Software geändert werden. Für alle im Betrieb befindlichen Abgasmessgeräte für Fremdzündungsmotoren wird eine Nachschau durchgeführt. Bei dieser Aktion, die im Rahmen der turnusmäßigen Nacheichung erfolgen kann, soll der Lambdawert überprüft werden. Die Maßnahme dient der Sicherstellung richtiger Messungen bei der Abgasuntersuchung.

Die Nachschau ist nicht der Marktüberwachung zuzurechnen und dient intern der Überprüfung, welchen Einfluss Überschreitungen der Fehlergrenze für den Lambdawert auf die wesentlichen Anforderungen haben.

Ein Einfluss konnte nicht nachgewiesen werden.

4. Marktüberwachung: Fertigpackungen

Aufgrund der Mitteilung eines Mitbewerbers am Markt wurde bekannt, dass Whiskey in Gebinden von 750 ml entgegen Anlage 1 zu § 1 Fertigpackungsverordnung angeboten wird. Zulässig sind nur 700 ml Gebinde.

Eine Marktüberwachung ist geboten um sicherzustellen, dass alle Hersteller gleichbehandelt werden und jene, die sich an die gesetzlichen Vorgaben halten, nicht benachteiligt werden.

Es erfolgt eine Recherche der Hersteller und Abfüllbetriebe im Handel sowie über das Internet. Bei Feststellung der Beanstandung erfolgt ggf. eine Weiterleitung an die für den Sitz des Herstellers zuständigen Eichbehörde.

Internet-Recherche

Es wurden insgesamt 12 Webseiten überprüft und dabei 3 Händler festgestellt, die Gebinde mit 750 ml (2) sowie 600 ml (1) angeboten haben.

Die Angaben im Internet wurden nach Anschreiben durch das LMG korrigiert (Herunterdeklarierung). Wie die durch die Dienststellen vorgenommene Recherche vor Ort ergeben hat (Händler bezogene Ware auch von den im Internet festgestellten Händlern und Einführern), wurden aber nicht alle Gebinde umdeklariert sondern teilweise nur die Angaben im Internet.

Es ist somit unumgänglich, immer auch die Ware direkt auf richtige Kennzeichnung hin zu überprüfen.

Nachschau im Handel

Es wurden 48 Geschäfte überprüft und dabei insgesamt 37 Gebinde exemplarisch festgehalten, deren Nennvolumen-Kennzeichnung nicht Anlage 1 FertigPackV entsprach. Einer der festgestellten Händler hat prak-

tisch ausschließlich 750 mL gekennzeichnete und aus den □SA importierte Gebinde im Angebot.

Die Ergebnisse werden im Arbeitsausschuss Metrologische Überwachung vorgestellt:

1. Vereinbarung einer erweiterten Marktüberwachung (auch im InterNet) in anderen Bundesländern (Gleichbehandlung)
2. Erstellung eines Risikoprofils für den Zoll (§ 48 Abs.2 MessEG) zur weiteren □nterbindung der Einfuhr

5. Verwendungsüberwachung: Ladestationen für Elektroautos in Bayern

Mit acht Ladestationen an der Autobahn A9 München-Berlin will die Bundesregierung künftig den Einsatz von Elektroautos auch auf längeren Strecken attraktiver machen.

Danach kann entweder mit dem Handy per SMS-Kurznachricht und über die europäische Roaming-Bezahlplattform Hsubject bezahlt werden. Die Marktüberwachung dient dem Zweck, festzustellen, ob die Nutzer der Zapfsäulen über geeichte Messanlagen die jeweils in Rechnung gestellte Leistung erhalten haben.

Darüber hinaus wird festgestellt wo städtische Ladestationen installiert sind um auch hier die Einhaltung der eichrechtlichen Bestimmungen sicherstellen zu können.

Auswertung:

Im Zuge der Überwachung sollte festgestellt werden, ob elektrische Leistung auf der Grundlage einer Messung mit Messgeräten i.S.d. § 1 Abs. 1 MessEV im geschäftlichen Verkehr abgegeben wird.

1. Ladestationen an der Autobahn A9 München-Berlin

Die Nutzung erfolgt auf der Basis Zeit:

Die Abrechnung erfolgt über den Mobilfunkanbieter oder den sog. Fahrstromanbieter. Messwerte werden auf der Säule oder an einer Anzeige nicht angegeben und bei einer Abrechnung durch den Mobilfunkanbieter wohl auch kaum durch diesen angegebene werden können, zumal die Ladesäule hierfür nach Bildauswertung keine Kommunikationsvorrichtungen hat.

2. Ladesäulen im Stadtgebiet München (1)

Die Abrechnung erfolgt zur Zeit teilweise noch kostenlos. Der Kunde zahlt nur eine einmalig Gebühr für die RFID-Karte.

Eine Abrechnung nach KWh erfolgt nicht, falls in 2016 abgerechnet wird dann über Zeit und Grundgebühr.



3. Ladesäulen im Stadtgebiet München (2)

An einer weiteren Ladestation in München findet aktuell keine Abrechnung statt. Die Ladestation wurde im Rahmen eines Projektes errichtet und Elektroautos können dort derzeit kostenfrei Strom tanken.

Es erfolgt aktuell keine kWh basierte Abrechnung.

Die Ladestation wird aktuell noch nicht im Rahmen einer Bauartzulassung durch die PTB verwendet, da dort der Strom kostenfrei abgegeben wird.

4. Ladesäule im Stadtgebiet Augsburg

Verrechnung nach Zeit.

5. Ladesäule im Stadtgebiet Landshut

Das Aufladen der Elektroautos ist momentan noch kostenlos. Es muss nur die Parkgebühr für die Benutzung des Parkhauses bezahlt werden. Somit liegt kein geschäftlicher Verkehr im eichrechtlichen Sinne vor.

Die Anzeige des Zählers ist nicht einsehbar, er befindet sich in dem verschlossenen Stromkasten.

Die beiden Ladesäulen (es könnten vier Fahrzeuge beladen werden, zwei mit Schnellladesystem und zwei mit „normaler“ Steckdose) „laufen“ über einen Zähler. Somit wäre ein Umbau (wenn geschäftlicher Verkehr durchgeführt wird) nötig.

Fazit:

Die Nachschau hat nur eine Verwendung ergeben, bei der auf der Grundlage einer Messung i.S.d. § 1 Abs. 1 MessEV geschäftlicher Verkehr vorlag (mit zugelassenem Messsystem). Die Verfügbarkeit war entweder unentgeltlich oder wurde nach Zeit bemessen.

Die Auslegung der AGME nach § 1 Abs. 1 Nr. 6 MessEV, wonach Messgeräte zur Bestimmung von Messgrößen bei der Lieferung von Elektrizität dem Eichrecht unterfallen, würde allerdings dazu führen, dass die Zeitmessung nur mit einem geeichten Messgerät erfolgen darf.

6. Marktüberwachung: Internet Recherche zum Inverkehrbringen nichtselbsttätiger Waagen

Gemäß § 3 Nr. 13 Mess- und Eichgesetz (MessEG) sind Messgeräte alle Geräte oder Systeme von Geräten mit einer Messfunktion einschließlich Maßverkörperungen, die jeweils zur Verwendung im geschäftlichen oder amtlichen Verkehr oder zur Durchführung von Messungen im öffentlichen Interesse bestimmt sind.

Im Internet werden Waagen angeboten, die dem Aussehen und der Bewerbung nach dazu bestimmt sind oder sein können, der Definition des MessEG zu unterfallen. Es soll ein Überblick über die Menge der Angebote erstellt werden und im Zuge der Marktüberwachung nach Abschnitt 6 MessEG festgestellt werden, ob die gesetzlichen Regelungen tragfähig sind um Hersteller zu ggf. erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen.

Die Maßnahme dient dem Schutz derjenigen Hersteller von Waagen, die sich an die gesetzlichen Regelungen halten und einen Nachteil dadurch erlangen können, dass Mitbewerber ohne dass diese Regeln eingehalten werden mit ihren Messgeräten in dem Markt gelangen.

Auswertung:

Ziel der Internet Recherche war es, festzustellen, ob Waagen für die Verwendung im geschäftlichen Verkehr angeboten werden, ohne dass diese über die hierzu erforderliche Konformitätsbewertung verfügen.

Dies ist aufgrund der Angaben im Internet nicht verlässlich ermittelbar.

Beispielhaft werden einige der in den Internetseiten der Anbieter verwendeten Darlegungen nachstehend aufgeführt:

- Auf der Verkäuferseite verfügen die **CE-Modelle** über einen farbigen Touch-Screen und auf der Kundenseite über ein farbiges Kundendisplay
- Diese bereits **fertig geeichte Waage** richtet sich speziell an Imker, die Honig in Gläsern für den Verkauf abwiegen.
- Da im geschäftlichen Verkehr **Eichpflicht** besteht, bitte unbedingt die Eichung mitbestellen, einige Modelle bieten wir bereits inklusive Eichung an.
- Hinweis: **Eichung optional**, Eichung bitte gleich mitbestellen. Eine nachträgliche Ersteichung ist nicht möglich. (Siehe unten Zubehör).

Stattdessen wird festgestellt, dass nach wie vor sehr häufig der Begriff „eichfähig“ (auch in Internet Seiten der Eichbehörden) verwendet wird. Damit wird suggeriert, eine ohne Konformitätsbewertung in Verkehr gebrachte Waage könne durch den späteren Verwender einer Eichung zugeführt werden.

- **Eichfähig** - Eichklasse III; Industriequalität - Die massive Ausführung der Konstruktion und ihre hohe Lebensdauer ist ausgelegt auf einen dauerhaften Betrieb im industriellen Umfeld.
- Die **Eichfähige** Waage mit optionaler Edelstahl-Plattform. Die Eichfähige Waage hat eine gut ablesbare LCD-Anzeige.

Hierzu bedarf es einer Auslegung des MessEG und der MessEV hinsichtlich der Frage, ob eine Eichung ohne Konformitätsbewertung im Zuge eines Inverkehrbringens möglich ist.

Kann ein Messgerät geeicht werden, ohne dass zuvor eine Konformitätsbewertung im Zuge eines Inverkehrbringens erfolgt ist?

Im Ergebnis wird hier die Meinung vertreten, dass dies nicht möglich ist.

§ 37 Abs. 2 Satz 1 MessEG regelt, dass Messgeräte nicht ungeeicht verwendet werden dürfen, nachdem die Eichfrist abgelaufen ist oder vorzeitig endet. Eine Eichung ist gem. § 3 Nr. 5 MessEG jede behördliche (...) Prü-



fung, Bewertung und Kennzeichnung eines Messgeräts, die mit der Erlaubnis verbunden sind, das Messgerät (...) für eine weitere Eichfrist zu verwenden.

Das Wort "weitere" impliziert, dass vor der Eichung bereits eine Prüfung erfolgt sein muss, durch die eine (vorhergehende) Eichfrist in Gang gesetzt wurde. Dies kann zum einen eine vorangegangene Eichung sein, die eine Eichfrist in Gang gesetzt hat. Zum anderen muss aber irgendwann zuvor eine erste Eichfrist in Gang gesetzt worden sein. Dies kann definitiv nicht durch eine Eichung erfolgt sein, da per Definition durch eine Eichung immer nur eine "weitere" Eichfrist in Gang gesetzt wird. Mit dieser Aussage korrespondierend steht die Regelung des § 38 Satz 1 MessEG, wonach der Verwender die Eichung mindestens zehn Wochen vor Ablauf der Eichfrist beantragen muss. Auch diese Vorschrift impliziert, dass vor einer Eichung bereits eine (erste) Eichfrist laufen muss, innerhalb derer ein Antrag zu stellen ist.

Durch ein Inverkehrbringen verbunden mit einer Konformitätsbewertung wird eine Eichfrist gem. § 37 Abs. 1 Satz 2 MessEG in Gang gesetzt. Diese ist als "erste Eichfrist" zu definieren. Der Eichung muss daher zwingend ein Inverkehrbringen und damit einhergehend eine Konformitätsbewertung vorgeschaltet sein.

Über den Vorgang der Eichung hinaus ist § 31 Abs. 1 MessEG (Anforderungen an das Verwenden von Messgeräten) zu beachten, wonach ausschließlich Messgeräte oder sonstige Messgeräte verwendet werden dürfen, die den Bestimmungen dieses Gesetzes und der auf seiner Grundlage erlassenen Rechtsverordnungen entsprechen.

Voraussetzung für das Inverkehrbringen ist nach § 6 Abs. 3 MessEG, dass zum Nachweis, dass ein Messgerät die wesentlichen Anforderungen im Sinne des Absatzes 2 erfüllt, eine in einer Rechtsverordnung nach § 30 Nummer 3 festgelegte Konformitätsbewertung erfolgreich durchgeführt worden sein und eine Konformitätserklärung vorliegen muss. Selbst bei einer Eichung ohne vorherige Konformitätsbewertung würde die Nichterfüllung dieser Anforderung einem Verwendungsverbot gleichkommen.

Fraglich ist nun noch, ob Geräte zunächst außerhalb des geschäftlichen Verkehrs genutzt werden können (bspw. zu privaten Zwecken o.ä.) und erst zu einem späteren Zeitpunkt in Verkehr gebracht, konformitätsbewertet und später geeicht werden können. Dies ist nach hiesiger Meinung möglich. Gemäß § 2 Nr. 7 MessEG ist ein "Inverkehrbringen" die erstmalige Bereitstellung eines Produkts auf dem Markt der Europäischen Union. Zieht man nun zusätzlich die Definition des "Produkts" in § 2 Nr. 10 MessEG heran, ist ein Produkt ein Messgerät, ein sonstiges Messgerät (...).

Das heißt, das Inverkehrbringen bezieht sich nur auf Messgeräte und nicht auf das Gerät an sich. Messgeräte sind gem. § 3 Nr. 13 MessEG alle Geräte (...), die jeweils zur Verwendung im geschäftlichen oder amtlichen Verkehr oder zur Durchführung von Messungen im öffentlichen Interesse bestimmt sind.

Das bedeutet, dass ein Gerät erst dann zu einem Messgerät wird, wenn ihm die Verwendungsabsicht beigelegt wird. Dies kann auch zeitlich nach dem ersten Nutzen eines Gerätes geschehen. Ein Gerät kann daher zunächst ohne der im MessEG enthaltenen Verwendungsabsicht für andere Zwecke genutzt werden.

Kommt zu einem späteren Zeitpunkt die Verwendungsabsicht im Sinne des MessEG hinzu, ist ein Inverkehrbringen nach § 6 MessEG und damit einhergehend eine Konformitätsbewertung durchzuführen. Für die Annahme, dass ein Gerät nach Nutzung noch zu einem späteren Zeitpunkt gem. § 6 MessEG in den Verkehr gebracht werden kann, spricht auch, dass bspw. bei einem erneuerten Messgerät, das also zuvor bereits benutzt wurde, ebenfalls eine Konformitätsbewertung durchzuführen ist.

Wenn die Hersteller ihre Geräte als "eichfähig" verkaufen, dann ist dies prinzipiell keine falsche Bezeichnung. Es wird nur der zusätzlich notwendige Zwischenschritt - das Inverkehrbringen und die Konformitätsbewertung - nicht genannt, sodass der Kunde davon ausgehen könnte, dass das Gerät ohne Konformitätsbewertung sofort geeicht werden kann. Letztlich ist dies aber ein Problem zwischen Hersteller und Kunde. Soweit der Hersteller unzureichende Angaben auf den Geräten aufbringt und der Kunde hierdurch irreführt wird, ergeben sich hieraus ggf. Ansprüche gegenüber dem Hersteller, nicht jedoch gegenüber der Eichbehörde.

□nbeschadet dessen empfiehlt es sich, im Nachgang zu dieser Marktüberwachungsaktion, die betroffenen Kreise über diese Rechtsauslegung zu informieren.

Thomas Schade
Eichdirektor
Abt. 4 - Metrologie

Bayerisches Landesamt für Maß und Gewicht
Hauptsitz

Franz-Schrank-Str. 9
80638 München

Tel. +49 (0)89 17901-318
Fax +49 (0)89 17901-336
thomas.schade@lmg.bayern.de
www.lmg.bayern.de